

## PRESSEMELDUNG

Konstanz, 12. Juni 2019

### Gemeinsam für eine gerechte und nachhaltige Zukunft für Menschen weltweit

*Am 13. Juni wird die „Zivilgesellschaftliche Erklärung zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik“ an das Kanzleramt übergeben. VENRO und 117 weitere zivilgesellschaftliche Organisationen Deutschlands, darunter Hoffnungszeichen e.V., sind Unterzeichner der Erklärung. Sie fordern die Bundesregierung auf, die nachhaltigen Ziele der Agenda 2030 an oberste Stelle zu setzen.*

Im September 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Agenda 2030. Insgesamt 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung [Englisch: Sustainable Development Goals (SDGs)], sind dort festgelegt. Eine Welt ohne Armut und Hunger, die natürliche Lebensgrundlage bewahren und den Klimawandel stoppen, den Frieden und Wohlstand fördern und globale Solidarität zu zeigen sind Ziele, die mit der Agenda 2030 verfolgt werden. In diesem Jahr kommen die Staats- und Regierungschefs anlässlich des UN-Nachhaltigkeitsgipfels im September zusammen, um eine erste Bilanz über die bisherige Umsetzung zu ziehen.

Zu diesem Anlass veröffentlichte ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter auch die Konstanzer Organisation Hoffnungszeichen, am 3. Juni die „Zivilgesellschaftliche Erklärung zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik“. Die Unterzeichner der Erklärung fordern, den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung oberste Priorität einzuräumen und kritisieren, dass bisherige Maßnahmen und Strategien der Bundesregierung unzureichend sind, um die Ziele bis 2030 zu erreichen. Die SDGs müssen der Bundesregierung als Leitbild bei politischen Entscheidungen dienen, damit eine gerechte und nachhaltige Zukunft für alle Menschen ermöglicht wird und Deutschland seiner internationalen Verantwortung nachkommt.

*„In unseren Projekten und unserer Arbeit sind wir mit Umweltzerstörungen konfrontiert. Die Folgen der Klimaveränderung treffen insbesondere die Menschen, die durch ihren Lebensstil am wenigsten zu dem Klimawandel beitragen und dafür wesentlich weniger verantwortlich sind, als wir Europäer“,* erklärt **Reimund Reubelt**, Erster Vorstand von Hoffnungszeichen. Hoffnungszeichen sei es daher wichtig, gemeinsamen mit anderen Organisationen, die Situation für diese Menschen zu verbessern. Mit Projekten, wie beispielsweise dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projekt zur Wiederaufforstung im Awoja-Becken im Osten Ugandas, trägt Hoffnungszeichen aktiv zum Klimaschutz bei und arbeitet gemeinsam mit den Menschen an der Regenerierung des Ökosystems und ermöglicht zugleich neue Einkommensmöglichkeiten.

Für weitere Informationen zu Hoffnungszeichen steht Ihnen **Reimund Reubelt** zur Verfügung. Die „Zivilgesellschaftliche Erklärung zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik“ können Sie hier herunterladen: <https://venro.org/publikationen/detail/genug-herausgeredet-hoehenangst-vor-dem-un-gipfel-ueberwinden/>

#### Presseanfragen und Kontakt:

Hoffnungszeichen | Sign of Hope e.V.

Sophie Günthner

T 07531 9450196

E [guenthner@hoffnungszeichen.de](mailto:guenthner@hoffnungszeichen.de)

**Hoffnungszeichen | Sign of Hope e.V.** ist eine überkonfessionelle Menschenrechts- und Hilfsorganisation mit Sitz in Konstanz. Der Verein leistet seit über 35 Jahren humanitäre Hilfe in Form von Katastrophen- und Nothilfe und engagiert sich in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte. Im Fokus steht das zentrale Ostafrika. Die Organisation ist Mitglied im Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO).